

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Bezugspreis vierteljährlich 1,35 RM., in Wilsdruff 1,30 RM., durch die Post bezogen 1,74 RM.

Verleger: R. G. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

und Umgegend.

Inserate werden Montag, Mittwoch und Freitag bis spätesten 12 Uhr angenommen.

Inserationspreis 15 Pfg. pro viergespaltene Korpuszeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pfg. Zeitranzender und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Localblatt für Wilsdruff,

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Buchardtswalde, Croitzsch, Grumbach, Grund bei Rohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Hausberg, Hühnersdorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Lindbach, Losen, Rohorn, Rützig-Rohrschän, Rützig, Reutlingen, Reutanneberg, Niederwartha, Obergermsdorf, Pohrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Rothsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Rohorn, Seelighaus, Spechtshausen, Tanzenheim, Unterkersdorf, Weistroppe, Wilsberg.

Mit der wöchentlichen Beilage „Welt im Bild“ und der monatlichen Beilage „Unsere Heimat“.

Druck und Verlag von Arthur Schanke, Wilsdruff. Für Politik und Inserate verantwortlich: Arthur Schanke, für den übrigen Teil: Johannes Krzig, beide in Wilsdruff.

No. 87.

Dienstag, den 3. August 1909.

68. Jahrg.

Ein Stimmungsbild aus der Landtagswahlbewegung.

Die bevorstehende Ganz-Erneuerung des Landtages hat alle Parteien zur Entfaltung einer rührigen Agitation gezwungen. Mittelstandsvereinigung, Konservative und Reformen, Nationalliberale und Freikämmerer, sowie die Sozialdemokraten stehen einander gegenüber. Ursprünglich war man der Anschauung, daß es sich auf ordnungsparteilicher Seite dieses Mal in erster Linie um einen Entscheidungskampf zwischen Konservativen und Nationalliberalen handeln würde. Die Situation ist aber völlig verkehrt worden durch das selbständige Eingreifen der Mittelstandsvereinigung in die Wahlbewegung. Die von dieser Seite ausgegebene Parole der Sammlung der großen Massen des nationalen mittelständischen Bürgertums zur Verteidigung seiner bisher arg vernachlässigten Interessen, findet überall eine derart günstige Aufnahme, daß die Parteiführer ihre ursprünglichen Absichten nicht mehr durchzuführen vermögen. Der Kampf wird sich in Wirklichkeit vorwiegend abspielen zwischen mittelständischem Bürgertum, das die großkapitalistische, mittelstandsfeindliche Tendenz in unserem öffentlichen Leben bekämpft sehen will, und seinen großkapitalistischen und sozialdemokratischen Gegnern. Wer vielleicht an die Möglichkeit dieser Auffassung noch glauben zu dürfen, der wird eines besseren belehrt durch den Anfall der zahlreichen Vertrauensmänner-Versammlungen, die jetzt in allen Städten des Landes von dem Mittelstands-Generalsekretär Fahrenbach und von den Vorstandsmitgliedern der Mittelstandsvereinigung abgehalten werden. Bis jetzt haben in fast allen Städten, wo derartige Versammlungen stattfanden, die Innungen, kaufmännischen Vereine, Hausbesitzervereine, Gewerbevereine usw. sich ohne Ausnahme auf den Boden der Mittelstandsvereinigung gestellt. Alle Angriffe der mit dieser Entwicklung nicht einverstanden Parteien gegen die Mittelstandsvereinigung haben daran nichts ändern können, weil die weiten Bürgerkreise, die dadurch gewonnen werden sollten, diese Anschuldigungen als gegen sich selbst gerichtet ansehen mußten, da sie doch selbst in den fraglichen Wahlkreisen die Mittelstandsvereinigung bilden und selbst über deren Tun und Lassen bestimmen. Zweifellos gehen die Massen des Mittelstandes mit großer Begeisterung in den Kampf; widerstrebende Elemente werden von der allgemeinen Strömung mit fortgerissen und die Launen und Gleichgültigen werden aufgerüttelt. Die wenigen Handwerker und Kaufleute, die ihre Namen noch zum Kampfe gegen die Kandidaten des Mittelstandes hergeben, sind derart vereinsamt und sinken derart in der Achtung ihrer Standesgenossen, daß sie sicherlich früher oder später bestrebt sein werden, sich nicht mehr in einen unnötigen Gegensatz zu den Anschauungen ihres Verfassandes zu setzen. Aber auch die Beamten, Angestellten, Werkmeister, vielfach auch die Lehrer fühlen sich in den mittleren und kleinen Städten derart mit dem Mittelstande verachsen, daß sie ein Zusammengehen mit ihm als ganz selbstverständlich ansehen. Sie würden es gar nicht verstehen, wenn man sie in einen Kampf gegen das mittelständische Bürgertum hineinziehen wollte. Ermutigt werden diese Schichten zu einem geschlossenen und selbständigen Vorgehen noch durch den Umstand, daß nach Fertigstellung der Wahllisten überall die Tatsache bekannt wird, daß in fast allen Städten die Entscheidung bei dem Mittelstande liegt, sobald er bei festem Zusammenhalten tatsächlich in der Lage ist, eine Wendung in seinem Sinne herbeizuführen. Tatsächlich haben die Mittelständischen die Wichtigkeit der Situation begriffen. Sie wissen ganz genau, daß die wirtschaftlichen Forderungen des Gesamtmitelstandes mit einem Schlage in der öffentlichen Meinung eine ganz andere Beurteilung als bisher finden werden, wenn es ihnen gelingt, eine ziemlich Anzahl von Abgeordnetenstimmen zu erringen. Gegenüber dieser Ansicht findet das leidige Parteigezänk zwischen Liberalen und Konservativen wenig Beachtung, weil praktische, handgreifliche Dinge die Menschen mehr packen und festhalten, als theoretische Streitereien um Dinge, die man nicht sieht und von denen die Wenigsten sich eine Vorstellung machen können.

Man wird also bei den kommenden Wahlen damit rechnen müssen, daß das große mittelständische Bürgertum seine eigenen Wege geht. Ueberfahrungen sind deshalb nicht ausgeschlossen. Jedenfalls ist es ein ganz eigenartiger Zustand, daß ordnungsparteiliche Kandidaten, die sich in einem direkten Gegensatz zur Mittelstandsbewegung und zur wirtschaftlichen Vereinigung stellen, fast nirgends die Unterstützung einer mittelständischen Körperschaft finden, wodurch ihre Aussichten bedeutend herabgemindert werden. Diese Tatsachen sind es, die die liberalen Parteien veranlaßt haben, ein Wahlbündnis anzubahnen. Aber trotz dieses Zusammenschlusses wird man Erfolge der Mittelstandsbewegung nicht verhindern können, weil durch das neue Wahlgesetz die Verhältnisse für den Mittelstand in allen städtischen Kreisen außerordentlich günstig liegen.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 2. August.

Deutsches Reich.

Das russische Kaiserpaar auf der Fahrt nach Cherbourg.

Das russische Kaiserpaar hat am Donnerstag früh seinen Ankerplatz bei Eckernförde verlassen und über Kiel die Fahrt durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal angetreten. Es wird darüber berichtet:

Am Donnerstag morgen 6 1/2 Uhr traf der russische Panzerkreuzer „Admiral Nasarow“ im Kieler Hafen ein und ging, ohne Aufenthalt zu nehmen, durch den Kanal nach Brunsbüttel weiter. Gleich darnach folgte die russische Kaiserjacht „Polarstern“, auf der sich Minister Iswolski und ein Teil des kaiserlichen Gefolges befand. Die Nacht „Standart“ mit der russischen Kaiserfamilie traf um 9 Uhr, von Eckernförde kommend, mit zwei russischen Torpedobootzerflößen ein. Die deutsche Torpedobootsdivision und der Kreuzer „Ladine“ geleiteten die Kaiserjacht bis zur Kanaleinfahrt. Bei den Schleusen war Stationschef Admiral v. Prittwitz und Gaffron mit einigen hohen Marineoffizieren erschienen. Außerdem hatte das Musikkorps und eine Kompagnie der ersten Matrosenabteilung als Ehrenwache Aufstellung genommen. Kurz vor Anlauf der „Standart“ erschienen auch Prinzessin Heinrich von Preußen, die Großherzogin von Hessen, Prinzessin Luise Battenberg und Prinz Waldemar von Preußen in Begleitung des Hofmarschalls Freiherr v. Seckendorff in Automobilen den Himmelmarsch. Beim Einlaufen der „Standart“ in die Schlei spielte die Kapelle die russische Nationalhymne und die Mannschaften präsentierten. Nachdem der „Standart“ festgemacht hatte, begaben sich die von Himmelmarsch gekommenen fürstlichen Personen an Bord, wo sie vom russischen Kaiserpaar herzlich begrüßt wurden. Nach einem Aufenthalt von etwa 20 Minuten erfolgte die Weiterfahrt nach Brunsbüttel.

Wenig Freude am Jarenbesuch haben, wie man aus Kiel schreibt, die Eckernförder gehabt. Nicht nur, daß selbst im Hafen kein Verkehr mit Ruder- oder Segelbooten gestattet war, es wurde sogar in dem eine halbe Stunde von Himmelmarsch entfernten bekannten Seebade Borby das Baden am Strande untersagt! Auch beim Passieren des Kaiser-Wilhelm-Kanals waren für die Sicherheit des Jarenpaars die rigorossten Maßnahmen getroffen. Außer je zwei Schwadronen der Wandsbeker und der Schleswiger Husaren, sowie den in Schleswig garnisonierten Bataillonen des Schlesw. Inf.-Regts. Nr. 94 war auch noch das in Neumünster stehende Schlesw.-Holst. Inf.-Regt. Nr. 163 zur Bewachung herangezogen worden. Abgesehen von den Streipatrouillen waren alle Zugangstrassen nach dem Kanal durch Unteroffiziers- und Doppelposten besetzt, die Hochbrücken mit Offiziersposten; auch waren sämtliche Privatfahrzeuge, die im Kanal liegen, mit Militär besetzt. Am Kanal standen alle 300 Schritt Posten und zwischen je zwei benachbarten Posten patrouillierte ein Soldat hin und her, während außerdem die Husaren die Flottille den ganzen Kanal entlang zu beiden Seiten reitend eskortierten. Zuschauer durften sich dem Kanal auf ebener Fläche höchstens bis auf 10 Meter, auf hügeligem und waldigem Terrain höchstens bis auf 70 Meter nähern.

Zeppelin's Fahrt nach Frankfurt a. M.

Das Luftschiff Z. II hat Sonnabend früh 3 Uhr 45 Minuten die Fahrt zur Internationalen Luftschiffausstellung in Frankfurt a. M. angetreten. Das Luftschiff schlug zunächst die Richtung nach Ulm ein und landete nach 3 1/2 Uhr glatt auf dem Ausstellungsplatz in Frankfurt.

Die Reichstagsstichwahl in Neustadt-Landau.

Bei der am Freitag stattgefundenen Reichstags-erzählstichwahl im 2. pfälzischen Wahlkreis Neustadt-Landau wurde der sozialdemokratische Kandidat Huber mit 12719 Stimmen gegen den nationalliberalen Dr. Dähler, der 11765 Stimmen erhielt, gewählt. Ein Vergleich der Ziffern der Erzählwahl mit der gestrigen Stichwahl ergibt, daß die Bündler in der Hauptsache für den Nationalliberalen eingetreten sind, obwohl nicht zu verkennen ist, daß durch die intensive Agitation, welche die Nationalliberalen in den letzten zehn Tagen entfaltet haben, noch viele Liberale, die bei der Erzählwahl nicht gestimmt haben, am Freitag an die Wahlurne getreten sind. Das Zentrum ist trotz der von der Partei proklamierten Wahlenthaltung für den Sozialdemokraten eingetreten.

Zentrumsfragen.

Den Konservativen, die ihre Haltung zur Finanzreform eilends zu rechtfertigen suchten, ist jetzt das Zentrum gefolgt. Im Verlage der „Germania“ ist soeben eine Broschüre über das Zentrum und die Reichsfinanzreform erschienen, von der auf dem Titelblatt behauptet wird, daß sie „im Auftrage des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages“ geschrieben sei. Dann wird man diesen also und die gesamte Zentrumsfraktion für die bündelweis ausgegrenzten Lagen verantwortlich zu machen haben, von denen schon die „padenden“ Kapitelsüberschriften einen so angenehmen wie deutlichen Borge-schmack geben. Sie lauten u. a.: Die neuen Steuern lähmen dem Arbeiter die Existenz, dienen auch sozialen Zwecken, sind sozial gerecht. Die mittelstandsfeindlichen Steuern sind abgelehnt. Mittelstandsfeindliche Bestimmungen in den Steuern. Ruhe und Sicherheit im Gewerbsleben. Eine gerechte Verteilung der Steuerlast. Ein neuer Kulturkampf wurde verhindert. Die Verkrümmung des Blocks. Die liberale Ära verhindert.

Völlig kongenial ist auch der erquickende Schluss: „Fürst Bälow gestürzt. Eine nicht unerfreuliche Nebenwirkung der Verabschiedung der Reichsfinanzreform ist der Sturz des Blodreichskanzlers Fürst Bälow, der am 28. Oktober 1908, 11. März und 28. Juni 1909 seine Entlassung eingereicht hatte, und am 14. Juli 1909 seine Genehmigung erhielt. Unter seiner Reichsfinanzverwaltung von 2,2 Milliarden auf 4 1/2 Milliarden gestiegen; er ist unter den modernen Staatsmännern der — größte Schuldenmacher.“

Und wer ist im Zentrum der größte — Aufschneider?

Diamantfunde in Deutsch-Südwestafrika.

Einem Telegramm des kaiserlichen Gouverneurs von Deutsch-Südwestafrika zufolge sind nach mehreren vom Prospektoren gleichzeitig gemachten, vom Distriktsamt in Warmbad und vom Bezirksamt in Lüderichsdorf als zuverlässig erklärten Meldungen nahe dem Gouschaff-River, östlich vom Fischfluß bei Kais im Bergwerksgebiet der South African Territory, reichliche Diamanten gefunden worden. Ueber 1200 Felber sind schon belegt, der Vertreter der South African Territory hat dem Distriktsamt in Warmbad gute halbskarätige Steine vorgezeigt.

Ausland.

Die Prager Röhrenlieferungs-Affäre.

Die vielbesprochene Prager Röhrenlieferungs-Affäre endet mit einer furchtbaren Blamage für die Tschechen. In der Sitzung des Verwaltungsrates der gemeinschaftlichen Wasserwerke in Prag wurde mitgeteilt, daß die Lieferung von geschweißten Röhren, welche beinahe ausschließlich an die französischen Werke in Pont-a-Mousson vergeben wurden, von diesen wiederum an ein deutsches Haus in Düsseldorf weitervergeben worden sei. Diese Mitteilung erregte ungeheure Bestürzung. Ein Sachverständiger wurde damit betraut, das Material in dieser für die Tschechen so leidigen Angelegenheit zu beschaffen.